

Politische Teilhabe versus parlamentarische Demokratie?

„Die Politik gerät im Allgemeinen und die Nachrichten im Besonderen zunehmend in die Situation des Pausenfüllers zwischen Werbeblöcken.“

NORBERT LAMMERT

Zu den Schwerpunkten

MICHAEL BORCHARD
„Volksdemokratie“ in Deutschland?

LOTHAR FRICK
Neue Dialogform in Stuttgart

Weitere Themen

WOLFGANG GÜNTER LERCH
Die arabische Revolution

MATTHIAS GIERTH
Gewissensfrage Präimplantationsdiagnostik

Mai
2011

56. Jahrgang
ISSN 0032-3446

Melanie Piepensneider

Politische Bildung im Defizit

*Siegfried Frech,
Ingo Juchler (Hrsg.):
Bürger auf Abwegen?
Politikdistanz und
politische Bildung,
Wochenschau Verlag,
Schwalbach/Ts. 2011,
336 Seiten, 19,80 Euro.*

Politische Bildung und Politik sind zwei Seiten einer Medaille: Entwicklungen in der Politik haben Rückwirkungen auf die Art und Weise der Vermittlung wie auf die Inhalte von Politischer Bildung. Zunehmende Politikdistanz, Politik- oder Politikerverdrossenheit, abnehmende Mitgliederzahlen bei Parteien sowie das Verlangen der Bürger nach einer neuen Form der politischen Beteiligung und Bürgerproteste – dies alles verändert die Politik und damit auch die Politische Bildung.

Im Rahmen der Beutelsbacher Gespräche diskutieren Politische Bildner und Wissenschaftler regelmäßig über den Zustand der Politischen Bildung.

2010 identifizierten sie drei gesellschaftliche Gruppen mit Integrations-schwierigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, die mit den Wandlungsprozessen in der Gesellschaft nicht zurechtkommen und für die deshalb ein besonderer Bedarf an Politischer Bildung besteht: Zuwanderer nicht deutscher Herkunft, beträchtliche Teile der ostdeutschen Bevölkerung und die sogenannte neue soziale Unterschicht in Ost und West. Festgestellt wird, dass die Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen häufig zur Unzufriedenheit mit der Demokratie sowie zur Distanz gegenüber dem Gemeinwesen führt. Dabei ist Grundvoraussetzung für politische Teilhabe Wissen über das politische Geschehen. Um diese Zielgruppen für die Politische Bildung (und damit für die Politik) zu interessieren, einen Ausweg aus dem Nichtverstehen komplexer Politikprozesse zu finden, wird in Fachkreisen das didaktische Mittel der Elementar-

tarisierung diskutiert. Elementarisierung meint hier die Rückführung politischer Themen auf das Grundlegende, eine Vereinfachung politischer Sachverhalte, die Konzentration beziehungsweise Beschränkung auf das Wesentliche in der Politik. Entsprechend müssten Curricula neu entwickelt werden (Joachim Detjen, Seite 207 ff.).

Schwindende schulische Grundlagen

Hinter diesen Überlegungen verbirgt sich die grundsätzliche Frage, welchen Wirkungsradius Politische Bildung entwickeln soll. Siegfried Schiele plädiert für eine nicht mehr nur auf Multiplikatoren oder bestimmte Zielgruppen, sondern auf die breite Masse zielende Politische Bildung (Seite 149 ff.). Diese Aufforderung hat Charme, nimmt aber eines scheinbar fatalistisch hin: Die Basis politischen Verständnisses für alle wurde bisher im Schulunterricht grundgelegt; auf diesem Fundament hat die außerschuli-

sche Politische Bildung aufgebaut. In den letzten Jahren ist allerdings der Politikunterricht aus vielerlei Gründen zurückgefahren worden. Wenn man dem Weg der Ansprache breiter Massen in der außerschulischen Bildung folgt, dann bedeutet dies, methodisch ganz neu anzusetzen: Kern der Politischen Bildung ist bisher die Langzeit-Pädagogik, die vertiefte Beschäftigung mit Inhalten über einen gewissen Zeitraum. Diese Formate sind zeitaufwendig und bedürfen eines intensiven Ressourceneinsatzes. Will man in der außerschulischen Bildung jetzt stärker auf eine Intensivierung der Politik-Information und des Politik-Erklärens für im Prinzip alle setzen, müsste verstärkt diskutiert werden, was unter einer zukunftsfähigen Politischen Bildung zu verstehen ist. Auch stellt sich die Frage nach den Aufgaben von anderen Institutionen wie zum Beispiel dem Bundespresseamt oder – zumindest – den öffentlich-Rechtlichen Medien.

In diesen Kontext passt gut der Beitrag der Wissenschaftler vom Deutschen Jugendinstitut: Wolfgang Gaiser, Winfried Krüger und Johanna de Rijke sprechen sich für eine Erweiterung der traditionellen bildungs-

politischen Zielsetzungen aus, der weit über Informieren und Erklären hinausweist.

Hinwirken auf reales Tun

Die Ertüchtigung zur Handlungsfähigkeit, -bereitschaft oder -kompetenz sowie die Schärfung des politischen Urteilsvermögens müssen in praktisches Handeln und praktische Erfahrung eingebettet sein (Seite 119). Zuge-spitzt formuliert: In Zeiten zunehmender Segmentierung der Gesellschaft oder Einzelinteressen, die durch den Verstärker Twitter und Co. und zudem durch traditionelle Medien zu einem gefühlten Massenphänomen werden, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die grundsätzlich vorhandene Bereitschaft zum Engagement so zu aktivieren, dass auch reales Tun für die Gesellschaft und die Politik daraus erwächst. Darüber hinaus geht es darum, die Entwicklung einer Haltung zum Gemeinwohl, das individuelle Verhalten gegenüber dem Staat, zu befördern.

Die Einführung von Elementen direkter Demokratie alleine lösen das Problem der Distanz des Bürgers zur Politik nicht: Interessant in dem Sammelband sind hierzu die Ausführungen des Politik-

wissenschaftlers Otmar Jung zu den Problemen des Vergleichs von Wahlen und anderen Abstimmungsformen.

Alternative Formen der Debatten

Ein Ergebnis ist, dass gegen die sinkende Wahlbeteiligung direkte Demokratie kaum taugt, aber direkte Demokratie neue Ideen, Akteure und Konstellationen hervorbringt und damit alternative Formen der politischen Debatte generiert (Seite 51 ff).

Am Rande bemerkt: Gut tut in dem Band der Beitrag des Journalisten Nikolaus Blome. Er löckt wider den Stachel der auch durch die Medien transportierten pauschalen Negativ-Bewertungen von Politikern (und damit der Politik) und arbeitet heraus, dass sie so nicht haltbar und Politiker besser als ihr Ruf sind (Seite 93 ff).

Der Band macht deutlich: Die Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der Politischen Bildung muss dringend die Fachkreise verlassen. Es liegt zu viel Brisanz in der Thematik. Vor dem Hintergrund der aktuellen Umbrüche in der Gesellschaft müssen alle demokratischen Kräfte und gesellschaftlichen Gruppen selbst mitwirken, die Politische Bildung neu aufzustellen.